



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 05.11.2020**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 18:59 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) <i>Vertretung für Frau Ute Haupt</i>
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) <i>Vertretung für Frau Jahn</i>
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Uwe Weiske	Sozialplaner des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Andrea Simon	Controllerin GB IV
Petra Quilitzsch	Leiterin Abteilung Verwaltung und Finanzen
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Nora Böhme	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annika Möbius	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Janice Windisch	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sven Bartsch	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozki	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es lagen keine Fragen zur Kinder-und Jugendsprechstunde vor.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Brederlow teilte mit, dass der TOP

zu 8.2 Aktueller Stand Präventionskonzept

verschoben wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Wend** um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.10.2020
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019
Vorlage: VII/2020/01730
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019, hier: Kita-Sozialarbeit
Vorlage: VII/2020/01929
- 5.2. Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VII/2020/01556
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht Hallianz für Vielfalt
- 8.2. Aktueller Stand Präventionskonzept
10. Anregungen
- 10.1. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.10.2020

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 08.10.2020, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019
Vorlage: VII/2020/01730**

Herr Dr. Wend wies auf seine Fragen zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das

Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019 hin.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Fragen zum Haushalt unter der Beschlussvorlage zum TOP 5.1 hinterlegt und sichtbar sind.

Herr Dr. Meerheim erwähnte, dass der Haushalt fehlende Kommentare zu Änderungen im Bereich des Personals aufweist. Das Korrespondiert nicht mit Stellenplan. Er bat darum, diesen Sachverhalt vor der bevorstehenden Finanzausschusssitzung zu beachten.

Frau Brederlow bedankte sich für den Hinweis.

Herr Döring bemerkte den Förderungsansatz des Frauenschutzhauses. Er fragte, warum der Ansatz um 85.000,- Euro verringert wurde.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dr. Meerheim bemerkte, dass die Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer rückläufig sind. Bei der Betrachtung der Personalaufwendungen ist eine gewisse Konstanz ersichtlich. Er schlug vor, diese Mitarbeiter in einem derzeitigen wichtigeren Bereich zu delegieren.

Herr Frolow machte darauf aufmerksam, dass in diesem Bereich bereits Umorganisation stattfinden. Die Aufwendungen gehen im Bereich UMA zurück. Die Aufgaben werden in allgemeiner Art im ASD und mit der Bildung eines Spezialteams 35 A kompensiert.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass es ihm hierbei um Haushaltsklarheit geht.

Frau Brederlow teilte mit, dass noch Änderungen zum Stellenplan vorgenommen werden.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur
Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019, hier: Kita-
Sozialarbeit
Vorlage: VII/2020/01929**

Herr Dr. Wend brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dr. Meerheim erkundigte sich, unter welcher Bezeichnung die angesprochen Stellen im Stellenplan ersichtlich sind.

Frau Brederlow teilte mit, dass diese Stellen nicht im Stellenplan, sondern in der Förderung verankert sind. Das Produkt, was im Änderungsantrag genannt wird, ist die Jugend und Sozialarbeit. Sie wies darauf hin, dass die Mittel bereits auf der Seite 1154 in der Leistungsbeschreibung 1A zu finden sind. Dort ist eine Steigerung im Bereich „Förderung freier Träger Haushaltsansatz 2021“ sichtbar.

Herr Schachtschneider erkundigte sich, ob dort 9 Vollzeitstellen vorliegen.

Frau Brederlow erklärte, dass in 9 Kitas jeweils Teilzeitstellen vorhanden sind.

Herr Schachtschneider fand es schwierig eine Ausschreibung in Teilzeitform zu veranlassen. Er regte zu Überlegung an, diese Stellen als Vollzeitstellen auszuschreiben.

Herr Frolow sagte, dass sich die Haushaltsanfrage auf zusätzliche Mitarbeiter in Kindertagesstätten gefördert nach § 23 KiFöG bezog.

Herr Dr. Wend betonte, dass eine Erhöhung der bereits geförderten Stellen durch das Land angestrebt wird.

Frau Gellert wies darauf hin, dass Sozialarbeiter an Kitas und Horten benötigt werden. Die Erzieherinnen und Erzieher sind momentan durch die bestehende COVID-19-Pandemie maßlos erschöpft. Sie betonte, dass der Betreuungsschlüssel in Sachsen- Anhalt nicht mehr aktuell ist. Dieser Sachstand muss zukünftig beachtet werden.

Herr Kramer wies darauf hin, dass die Produktzuordnung aus dem Änderungsantrag unverständlich ist. Eine Sortierung der einzelnen Produktbeschreibungen müsste vorerst stattfinden.

Frau Brederlow erläuterte, dass die Produktzuordnung laut dem Änderungsantrag im Bereich der Jugendsozialarbeit eingeordnet ist, dort ist es aber unpassend. Im Produkt Förderung der Erziehung in der Familie ist eine Erweiterung über das Präventionskonzept geplant. Das Produkt, welches im Änderungsantrag ersichtlich ist, ist das Produkt Betrieb Kindertageseinrichtungen. Das ist nicht die Nummer 1.36301, sondern die Nummer 1.36501.

Herr Dr. Wend gab bekannt, die Produktzuordnung zu wechseln.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass Änderungsanträge hinsichtlich ihrer Deckungsfähigkeit nochmalig in der Abschlussberatung des Finanzausschusses diskutiert werden.

Herr Dr. Meerheim unterstützte den Hinweis von Frau Brederlow.

Frau Gellert erwähnte die hierzu die Aussage 20 halbe Stellen zu schaffen. Sie bemerkte, dass sich kein Bewerber finden wird.

Herr Schachtschneider fragte, ob eine Einigung besteht, das Produkt 1.36301 Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz in das Produkt 1.36501 – Betrieb von Kindertagesstätten zu ändern.

Herr Dr. Wend bestätigte die Produktänderung 1.36501 – Betrieb von Kindertagesstätten im Änderungsvertrag.

Herr Schachtschneider regte an, den Passus. *„soweit die Förderung von 240.000 EUR pro Jahr für den Eigenbetrieb zur Verfügung steht, ergeben sich rechnerisch (EG S11b Stufe 2, 20 Wochenstunden) neun Stellen“* in der Begründung zu streichen.

Herr Dr. Wend fasste alle Anregungen zum Änderungsantrag zusammen.

Beschlussvorschlag:

Die Transferaufwendungen im ~~Produkt 1.36301 Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz~~ **Produkt 1.36501 – Betrieb von Kindertagesstätten** werden um 240 TEUR erhöht. Die Mittel werden für zusätzliche Kita-Sozialarbeitsstellen zur Verfügung gestellt. Die Änderung wird in die Mittelfristplanung übernommen. Zur Deckung wird die Leistung Globale Minderung im Produkt 1.11112 Übergreifende Personalmaßnahmen um 240 TEUR auf 9.406.680 EUR angehoben.

Begründung:

Beantragt und genehmigt per Bescheid vom 03.09.2020 sind bereits Sozialarbeitsstellen für neun Kindertagesstätten. ~~Soweit die Förderung von 240.000 EUR pro Jahr für den Eigenbetrieb zur Verfügung steht, ergeben sich rechnerisch (EG S11b Stufe 2, 20 Wochenstunden) neun Stellen.~~ Mit der in diesem Änderungsantrag beabsichtigten Anpassung sollen neun weitere solche Sozialarbeitsstellen in Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) besetzt werden.

Frau Brederlow teilte mit, dass im Produkt 1.36501 der Zuschuss EB Kita und der Zuschuss an die Freien Träger geregelt ist. Sie fragte, in welchen Bereich es einsortiert werden soll.

Herr Dr. Wend bat darum es in den Bereich der freien Träger einzugliedern.

Herr Kramer schlug vor, viereinhalb Stellen in den Eigenbetrieb und viereinhalb Stellen an die Freien Träger zu verteilen.

Herr Schachtschneider fragte, wie flexibel die Verwaltung bei der Stellenverteilung ist.

Herr Dr. Wend nahm den Vorschlag zur Verteilung der Stellen von Herrn Kramer an.

Herr Schachtschneider bat um eine Rückmeldung der Verwaltung, ob eine gewisse Flexibilität zur Stellenverteilung besteht.

Frau Brederlow bestätigte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung des geänderten Änderungsantrages der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019, hier: Kita-Sozialarbeit bat.

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019, hier: Kita-Sozialarbeit
Vorlage: VII/2020/01929

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt nach Änderung

Beschlussvorschlag:

Die Transferaufwendungen im ~~Produkt 1.36301 Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz~~ **Produkt 1.36501 – Betrieb von Kindertagesstätten** werden um 240 TEUR erhöht. Die Mittel werden für zusätzliche Kita-Sozialarbeitsstellen zur Verfügung gestellt. Die Änderung wird in die Mittelfristplanung übernommen.
Zur Deckung wird die Leistung Globale Minderung im Produkt 1.11112 Übergreifende Personalmaßnahmen um 240 TEUR auf 9.406.680 EUR angehoben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung der Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019 Vorlage: VII/2020/01730

zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019 Vorlage: VII/2020/01730

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderung

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2021 mit dem Haushaltsplan 2021.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2019 zur Kenntnis.

**zu 5.2 Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VII/2020/01556**

Herr Weiske führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Gellert wies darauf hin, dass im Planungsdokument die Anschaffung einer Software erwähnt ist. Sie fragte, ob die Einrichtung einer Terminplanung besteht.

Herr Weiske teilte mit, dass durch verschiedene Beratungsschwerpunkte unterschiedliche Datenerhebungen erzeugt werden. Die Umsetzung einer Terminplanung erweist sich somit als schwierig.

Frau Gellert wies darauf hin, dass hierzu die Entwicklung von gemeinsamen Qualitätsstandards sinnvoll wäre. Die Beratungsstellen könnten dadurch entsprechend vergleichbar gemacht werden.

Herr Weiske sagte, dass hierbei eine mögliche Datentransparenz und einheitliche Datenerhebung von der Verwaltung angestrebt wird.

Frau Brederlow fügte hinzu, dass es hierzu die bundesweiten Empfehlungen der Bundeskonferenz Erziehungsberatung gibt. An diesen Empfehlungen kann man sich orientieren.

Herr Dr. Meerheim erwähnte, dass in der Fortschreibung der Beschlussvorlage erkennbar ist, dass das Land 2% zur Verfügung stellt. Er fragte, ob diese 2% bereits in der Haushaltsplanung veranschlagt sind.

Frau Brederlow teilte mit, dass die 2 % veranschlagt wurden außer der Bereich der Suchtberatungsstellen. Hier erfolgt ein Änderungsblatt bis zum Finanzausschuss.

Herr Dr. Meerheim bemerkte die Übersicht zu den Beratungsstellen. Er stellte fest, dass 9,5 Stellen zur Verfügung stehen. In der Jugendhilfeplanung werden deutlich mehr benötigt. Er bat um Erläuterung.

Herr Weiske teilte mit, dass jede einzelne Beratungsstelle andere Bedingungen hat. Manche Beratungsstellen haben keine vorliegenden Arbeitsbedingungen, um mehr Personal aufzunehmen. Ein konkretes Stellenkonzept kann derzeit nicht vorgelegt werden, dies muss mit den Freien Trägern erarbeitet werden.

Frau Brederlow fügte hinzu, dass mehrere Aspekte beachtet werden müssen, um dann den jetzt festgestellten Bedarf nochmal zu reduzieren.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass demzufolge die Jugendhilfeplanung geändert werden müsste.

Frau Brederlow bestätigte dies und gab zur Kenntnis, dass diese momentan fortgeschrieben wird.

Herr Dr. Meerheim teilte mit, dass die Beratungsstellen teilweise von Migrantinnen und Migranten wahrgenommen werden. Hierbei bestehen Probleme mit der Verständigung.

Herr Weiske sagte, dass hierbei unterschiedliche Faktoren bestehen. In Zusammenarbeit mit Frau Schneutzer konnten ehrenamtliche Sprachmittler erworben werden, die dort zur Verfügung stehen. Die Sprachbarrieren müssen zukünftig weiter abgebaut werden.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass im Haushalt ein Konto besteht, das für Dolmetscherhonorare fungiert. Er fragte, warum man dieses Konto nicht dahingehend benutzt.

Frau Brederlow teilte mit, dass für vereidigte Dolmetscher, die ein ausgewiesenes Honorar haben, entsprechende gerichtsgültige Unterlagen angefertigt werden müssten. In diesem Zusammenhang besteht hierbei ein anderer Beratungsbereich.

Herr Döring fragte, ob das Angebot der Schuldnerberatung im Haus der Jugend eingestellt wurde.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Schuldnerberatung eingestellt wurde. Der bisher ansässige Träger führt diese Beratung nicht weiter aus. Es gibt im Umkreis die Arbeiterwohlfahrt im Dornröschen, die dieses Angebot der Schuldnerberatung anbietet.

Frau Gellert beanstandete, dass die Sprachmittler als Ehrenämter bezeichnet werden. Die Sprachmittler bekommen normalerweise 10 Euro/h + Fahrgeld. Sie fragte, ob die Sprachmittler wirklich ihre Arbeit ehrenamtlich ausführen.

Frau Schneutzer erläuterte, dass es einen Sprachbegleiterpool gibt und dieser vom Verband der Migrantenorganisation organisiert wird. Dieser ist eingegliedert im House of Resources und dadurch gibt es Unterstützung und Fördermittel der Stadt Halle (Saale). Den Beratungsstellen ist bekannt, dass der Sprachbegleiterpool stetig angefordert werden kann. Sie betonte, dass es generell eine Aufwandsentschädigung für die Sprachmittler gibt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung der Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA bat.

zu 5.2 Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VII/2020/01556

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat stimmt der Fortschreibung der Sozial- und Jugendhilfeplanung nach dem „Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA)“ für 2021 zu.
2. Unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Haushaltsplanes 2021 wird dem Vorschlag der Verwaltung zum Planansatz 2021
 - a) für die Suchtberatungsstellen und
 - b) für die Ehe-, Lebens-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen zugestimmt.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Bericht Hallianz für Vielfalt

Frau Leonhardt und **Herr Petrick** informierten anhand einer Präsentation über die Hallianz für Vielfalt

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

zu 8.3 Frau Brederlow zur Quarantäne im Kinder- und Jugendschutzzentrum

Frau Brederlow teilte mit, dass im Kinder- und Jugendschutzzentrum Quarantäne verordnet ist. Die Quarantäne würde planmäßig am Freitag, den 06. November 2020 auslaufen, vorausgesetzt der letzte Abstrich ist negativ. Der Fachbereich Bildung unterstützt mit einer gesamten Abteilung.

Frau Gellert erkundigte sich nach den Inobhutnahmen von behinderten Kindern. Sie fragte, wie mit körper und geistig beeinträchtigten Kindern umgegangen, hinsichtlich des benötigten Fachpersonals. Sie erwähnte die Einrichtung in der Klosterstraße.

Frau Brederlow sagte, es ist bekannt, dass die Einrichtung in der Klosterstraße nicht barrierefrei ist. Seit vielen Jahren wird die Maßgabe umgesetzt, dass ein Kind mit Behinderung oder Beeinträchtigung in jeder stationären Einrichtung unter dementsprechenden Bedingungen aufgenommen werden muss. Der Neubau in der Klosterstraße wird behindertengerecht.

zu 8.4 Herr Frolow zur Klausur Hilfe zur Erziehung

Herr Frolow teilte mit, dass die HzE Klausur unter der vorliegenden Eindämmungsverordnung Coronavirus SARS-CoV-2 nicht stattfinden kann. Es besteht die Überlegung, diese Klausur im Frühjahr 2021 durchzuführen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Herr Döring zur Schulsozialarbeit

Herr Döring erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Stellenbesetzung zur Schulsozialarbeit an der Grundschule am Kirchteich.

Herr Frolow bestätigte, dass die Antwort schriftlich erfolgen wird.

zu 9.2 Frau Gellert zur AIDS Hilfe

Frau Gellert bemerkte ihre Anregung die AIDS – Hilfe auf den Themenspeicher aufzunehmen. Die AIDS Hilfe hat in diesem Jahr ihren 30 Geburtstag gefeiert.

Frau Brederlow teilte mit, dass diese Anregung unter den derzeitigen Corona-Bedingungen verschoben werden muss.

zu 9.3 Frau Gellert zum Termin mit dem Berufsverband der deutschen Kinderärzte

Frau Gellert erkundigte, nach dem Termin zwischen der Stadt Halle und dem Berufsverband der deutschen Kinderärzte.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass dieser Termin noch nicht festgelegt ist. Die Einladung obliegt dem Berufsverband der deutschen Kinderärzte.

zu 9.4 Frau Gellert zur Einstellung von Quereinsteigern beim Jugendamt

Frau Gellert fragte, ob die Chance besteht Quereinsteiger beim Jugendamt einzustellen.

Herr Frolow verwies auf das gesetzlich vorgeschriebene Fachkräftegebot wovon nicht abgewichen werden kann. Momentan wird dahingehend die Verfahrensweise in Verbindung mit dem Fachbereich Personal umgestellt. Er sagte, dass die Ausschreibungspraxis angepasst wird, um Personal rechtzeitig zubinden.

zu 9.5 Herr Dr. Meerheim zu Abschlussverhandlungen mit freien Trägern

Herr Dr. Meerheim bemerkte, die aktuell laufenden Verhandlungen aus verschiedenen Bereichen zwischen den freien Trägern und der Verwaltung. Er fragte, ob diese zeitnah abgeschlossen werden können.

Herr Frolow erläuterte, dass hierbei zwischen LQE Verhandlungen im Bereich Kita und im Bereich HzE unterschieden werden muss. In allen beiden Bereichen wurde die Finanzierung mit allen freien Trägern abgeschlossen. Im Ausnahmefall wird über einzelne Kostenposition diskutiert. Er teilte mit, dass keine aktuellen Beschwerden vorliegen.

zu 9.6 Herr Dr. Meerheim zu Lohnanpassungen hinsichtlich der freien Träger

Herr Dr. Meerheim wies auf die vorliegenden Auseinandersetzungen zwischen Belegschaft und Geschäftsführung der freien Träger hinsichtlich der Lohnanpassungen zu den Tarifverhandlungen hin. Er bemerkte, dass von einigen freien Trägern verkündigt wird, dass die Stadt Halle (Saale) Tariferhöhungen nicht zahlen würde. Er bat darum, dies öffentlich nochmal richtigzustellen.

Frau Dr. Hayne wies diesen geschilderten Sachverhalt ausdrücklich zurück. Alle Tarifsteigerungen wurden bisher immer refinanziert. Hierbei wäre es hilfreich diese freien Träger beim Namen zu nennen.

Herr Frolow unterstützte die Aussage von Frau Dr. Hayne. Er betonte, dass sich die Stadt Halle zu diesem Sachverhalt sehr entgegenkommend verhält.

zu 9.7 Frau Schmidt zu den sozialen Beratungsstellen

Frau Schmidt fragte, ob es eine benutzerfreundliche Infobroschüre über alle verfügbaren sozialen Beratungsstellen in Halle (Saale) gibt.

Frau Brederlow sagte, dass eine Zusammenstellung aller Beratungsstellen in der Stadt Halle (Saale) zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Dr. Wend schlug vor, diese Infobroschüren im nächsten Jugendhilfeausschuss auszulegen.

zu 9.8 Frau Gellert zu Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

Frau Gellert erwähnte die im § 11 KiFöG stehenden Freizeitangebote. Diese Angebote sollten allen Kinder und Jugendlichen auch mit Einschränkungen im körperlichen und geistigen Bereich zugänglich sein. Sie bat darum, dieses in die Jugendhilfeplanung aufzunehmen.

Frau Brederlow bemerkte, dass hierbei Frau Franke beispielhaft Eigenverantwortung als freier Träger übernimmt. Es kann nicht alles eine Aufgabe der Stadtverwaltung sein.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer